

AsF:

Längerer Mutterschutz benachteiligt Frauen am Arbeitsmarkt

Montag, 1. März 2010



*Gegen einen längeren Mutterschutz, wie ihn eine EU-Richtlinie vorsieht, hat sich der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) bei seiner Klausurtagung einstimmig ausgesprochen. Dazu erklärt die AsF Landesvorsitzende **Adelheid Rupp, MdL:***

„Bei zwangsweise 18 Wochen wäre für die beruflichen Perspektiven von Frauen kontraproduktiv, weil sie länger dem Berufsleben fern bleiben würden. Wir befürchten, dass die zwingende Arbeitspausenverlängerung die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft und Unternehmen seltener bereit sein werden, junge Frauen anzustellen. . Die Folge sei eine weitere Benachteiligung von Arbeitnehmerinnen bei der Arbeitsplatzsuche. Wir favorisieren das bestehende Modell in Deutschland, das Frauen durch flexiblere Möglichkeiten nach dem Mutterschutz die Wahl zwischen der Wiederaufnahme der Erwerbsarbeit und einer Verlängerung der Arbeitspause lässt.“



Die Schweinfurter Europaabgeordnete **Kerstin Westphal** erklärt dazu:

„Um Müttern eine echte Wahlmöglichkeit zwischen beruflicher Arbeit und Erziehungsarbeit zu bieten und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, sind stattdessen die hälftige Aufteilung der Elternzeit zwischen Männern und Frauen sowie bessere Angebote der Kinderbetreuung nötig. Die zwangsweise Verlängerung des Mutterschutzes, die ein 18-wöchiges Arbeitsverbot von Müttern bedeutet, widerspricht dem.“

Nach der bisher in Deutschland geltenden Regelung des Mutterschutzgesetzes dürfen Frauen sechs Wochen vor dem errechneten Geburtstermin und acht Wochen nach der Geburt nicht beschäftigt werden. Um die unterschiedlichen Mutterschutzregelungen in den Mitgliedsstaaten anzupassen verlangt eine Richtlinie der EU, dass Frauen im Zeitraum vor und nach der Geburt mindestens 18 Wochen nicht arbeiten. Diese Richtlinie muss noch in den einzelnen europäischen Staaten umgesetzt werden.